

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 17

Artikel: Exit Milosevic?
Autor: Doder, Wladimir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wladimir Doder, Belgrad

Exit Milosevic?

Das dritte Jugoslawien hat seine erste Regierung, und die Kontinuität ist der Zweifel daran, was die ganze Übung soll. Die neue Einheit besteht aus Serbien und Montenegro. Im Ausland versteht man sie als «Restjugoslawien» und im Inland überhaupt nicht; die meisten Einwohner ignorieren sie schlicht und einfach.

Die Wiedervereinigung der beiden ohnehin zusammengeschlossenen Republiken war das vorbestimmte Resultat einer Volksabstimmung im Mai, der es sowohl an rechtlichen als auch an demokratischen Voraussetzungen fehlte. So entstand ein anfechtbares Staatswesen mit einer anfechtbaren Verfassung. Unanfechtbar war bloss die Bestellung der Behörden, denn das Bundesparlament verfügte dazu über die nötige Befugnis, nämlich den Gehorsamsreflex, auf den sich die bloss neu gruppierten Machthaber verlassen durften.

Cosic, der grossserbische Prophet

So kam man zunächst zu einem neuen Staatspräsidenten in der Person des Schriftstellers Dobrosav Cosic. Er ist ausserhalb der serbischen Grenzen wenig bekannt, und das hat mit der serbischen Essenz seines Werkes zu tun. Er hatte sich in den sechziger Jahren von Tito abgewandt, dem er nebst Verrat an der Revolution auch vorwarf, eine anti-serbische Politik zu betreiben. Von da an gehörte er federführend zur intellektuellen Gruppe, die ein serbisches Nationalprogramm verkündete, ohne es übrigens je auszuformulieren.

Das geschah damals in Opposition zur KP, aber dann rettete sich diese, zur Sozialistischen Partei geworden, ihrerseits ins Serbentum, und als dessen Vorkämpfer profilierte sich bald Slobodan Milosevic, Serbiens Präsident. Man hörte praktisch nur noch ihn, und die Losung «Alle Serben in einem Staat» gilt heute direkt als Wahrzeichen seiner Politik. Indessen war der Satz schon längst die Parole von Cosic und seinem Kreis gewesen. Er ist in diesem Punkt der geistige Vater von Milosevic.



Staatspräsident Dobrosav Cosic: geistiger Vater von Kommunistenführer Milosevic. (Keystone)

Sicherlich gibt es auch andere Aspekte. Im Unterschied zu Cosic will Milosevic so viel wie möglich vom alten Machtssystem bewahren, aber das ist inzwischen nicht mehr die Wasserscheide. Man wünscht sich zwar in den früheren Kreisen um Cosic, die zu einer bedeutenden Oppositionskraft geworden sind, den Abgang von Milosevic, aber vornehmlich deshalb, weil man ihn mit seinen Belastungen als ungeeignet erachtet, das erweiterte Serbien in der gewünschten Art zu schaffen. Man will also wenigstens seine nationale Politik fortsetzen, bloss ohne ihn. Cosic stellt heute keine Alternative dar, es sei denn eine taktische.

Als Staatsoberhaupt gehört Cosic selbstredend nicht zur Opposition. Er hat diese zu Gesprächen mit der Regierung am Runden Tisch eingeladen und Neuwahlen für den November in Aussicht gestellt. Ferner hat er sich für den Frieden und für die KSZE-Beschlüsse ausgesprochen. Die Bundesrepublik Jugoslawien versuche alles, um sie durchzusetzen. Wie sie das tut, sieht man in Bosnien, aber so wollte Cosic die Sache nicht verstanden haben.

Panic: Amipass und Alibi

Das neue Jugoslawien hat nicht nur einen Präsidenten, sondern auch einen Ministerpräsidenten. Die beiden Ämter sollten laut Verfassung «in der Regel» von je einem Vertreter der beiden konstituierenden Länder bekleidet werden. Indessen begann man gleich mit der Ausnahme, denn wie Cosic ist auch der Regierungschef Milan Panic ein Serbe und kein Montenegriner. Allerdings hat er auch einen amerikanischen Pass, denn aus den USA hat man ihn hergeholt, mit Hoffnung auf Goodwill dort. Sein Nimbus als erfolgreicher Geschäftsmann soll gleichzeitig im Inland wie im Ausland die Assoziation mit Reformpolitik erwecken, während die Sache selbst auf sich warten lässt.

Panic hat sein Programm in vier Punkten vorgestellt: 1. «Dauerhafter Friede» in Bosnien und Herzegovina (seither wartet man vergeblich auf einen auch nur anfänglichen Frieden). 2. Verwirklichung des Friedensplans für Kroatien. 3. Demokratisierung des politischen Lebens; Rede- und Pressefreiheit. 4. Stabilisierung der jugoslawischen Wirtschaft.

Darüber spricht er mit Regierungsvertretern im Ausland, und darüber

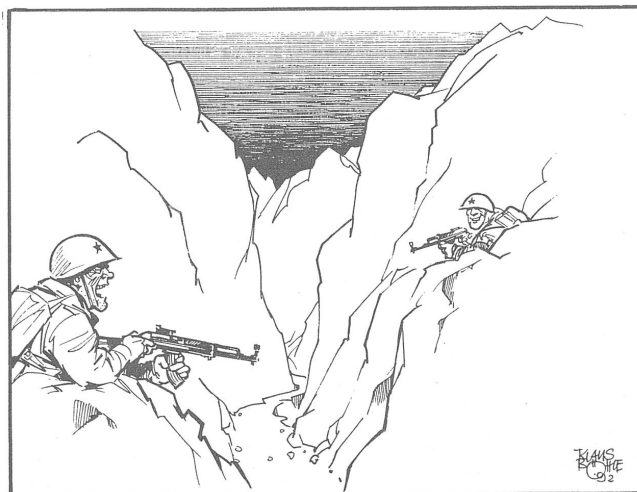
spricht er mit Oppositionellen in Serbien und Montenegro, allerdings nur mit solchen, die nicht zu oppositionell sind.

Für die Dauer einer Atempause sorgte Panic für eine Sensation, als er öffentlich erklärte, auch die Kosovo-Albaner hätten ein Recht auf ihr eigenes Land. Dieses ihr eigenes Land, fügte er dann hinzu, sei nun das jugoslawische Serbien, und es gehe darum, ihnen das liebevoll begreiflich zu machen. Man konnte die Luft wieder herauslassen.

Sehr positiv nahm sich aus, was Panic über die nötige Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken sagte und über den künftigen Wirtschaftsverbund mit ihnen. Was dem Hohn spricht, ist bloss die Wirklichkeit.

Milosevic helfen, den Ausgang zu finden

Sowohl Cosic als auch Panic sind auf Wunsch von Milosevic auf ihre Posten gekommen, und es war bestimmt nicht seine Absicht, potentielle Putschisten gegen ihn hochzuziehen. Tatsächlich besteht kein Anlass, dem einen, dem andern oder beiden zusammen einen Gewaltakt gegen den



«Ich hör' schon den nächsten Hilfstransport heranrollen!» (Quelle: «Die Welt»).



Ministerpräsident Milan Panic mit US-Pass: Hoffen auf Goodwill. (Keystone)

serbischen Präsidenten zuzumuten. Hingegen hat jeder auf seine Weise neue Kompetenzverteilungen vorgesehen, und diese gehen unweigerlich auf Kosten der Macht von Milosevic. Er hat Serbien in eine unmögliche Lage manövriert, und seine Zeit als Politiker läuft aus. Das spüren natür-

lich auch die beiden neuen Männer. Sie räumen ihm zuvorkommend die Steine aus jenem Weg, der zu seinem Rücktritt führt. Cosic hat sogar vor Journalisten unbefangen ausgeführt, Milosevic brauche sich nicht gezwungen zu fühlen, sich einer Wiederwahl zu stellen.

Cosic verweigert sich denen, die einen Umsturz wünschen, aber gegen einen geordneten Wechsel hat er, gelinde gesagt, nichts einzuwenden.

In die gleiche Richtung drängt Montenegro, der kleine Partner der Föderation. Die dortigen Spitzenpolitiker gehören zwar der Partei von Milosevic an, aber sie geben ihm die Schuld an den UNO-Sanktionen gegen Jugoslawien und ihren wirtschaftlichen Folgen. Auf eine Journalistenfrage, wie Montenegro sich verhalten werde, wenn das so weiter gehe, antwortete der montenegrinische Ministerpräsident Djukanovic, ohne einen Moment zu zögern, die jugoslawische Mitgliedschaft seines Landes sei keine Entscheidung, die ein für allemal gefällt worden sei. Sie bedürfe der ständigen Überprüfung. Schon zuvor hatte er gesagt, Montenegro erhalte wirtschaftlich von Serbien weniger, als es ihm gebe.

Es gibt in Jugoslawien noch einen weiteren wichtigen Panic, den Generalstabschef Zivota Panic. Er ist mit dem Regierungschef nicht verwandt,

aber dieser hat vor dem Parlament bereits mit einem Augenzwinkern gewitzelt, die Firma Panic & Panic werde für Ordnung sorgen. Je scherzhafter solche Bemerkungen vorgetragen werden, desto ernster sind sie zu nehmen.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass die Armeeführer schon das Gespräch mit Oppositionsführern aufgenommen haben. Vieles trägt zu einer Konstellation bei, die für Milosevic ungünstig ist.

Kein Trost

Das alles ist kein Trost für die Opfer serbischer Waffen anderswo. Die Schaffung eines fait accompli durch die Ermordung oder Vertreibung der Nichtserben in Bosnien geht weiter. Aber selbst diesbezüglich gilt, dass die Dinge durch einen Wechsel der Macht in Belgrad nur besser werden können. ■

Zur Lage in Polen

Kinder sagen die Wahrheit

Die polnische Wochenzeitung «Solidarnosc» veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 29. Mai – nach dem Publikwerden des Konflikts zwischen Staatspräsident Walesa und Premierminister Olszewski wegen der Entfernung der letzten Kommunisten aus dem Verteidigungsministerium, aber vor der Einsetzung des neuen Ministerpräsidenten Pawlak – ein Interview mit zwei Kindern zur Frage: Wer regiert eigentlich? Befragt wurden die elfjährige Justyna und der zwölfjährige Martin.

Justyna: Regieren sollte (Staatspräsident) Walesa, aber wichtiger ist die Regierung; diese regiert, wie schon der Name sagt.

Haben wir gute Politiker?

Martin: Ich weiss nicht; mein Vertrauen zu Walesas ist gesunken. Olszewski ist der rechte Mann am rechten Platz.

Justyna: Olszewski regiert, Walesa weiss sich weniger zu helfen.

Was sollten die Politiker tun?

Justyna: Dass in Polen alles gut wird.

Martin: Aber damit haben sie etwas Mühe, aber so ist nun halt die Situation. Ich möchte, dass Polen in die EG käme. Und dass wirklich gute Leute Walesas Berater würden.

Justyna: Er braucht Gebildete um sich. Einige sagen ja, er sollte gar nicht Präsident sein, weil er nicht immer fehlerfrei spricht. Das scheint

mir unwichtig; wesentlich ist doch, dass er gut führt, nicht dass er fehlerfrei spricht. Wenn ich Staatspräsidentin wäre, würde ich kluge Leute um mich scharen, es nicht machen wie Walesa, der einen Chauffeur (gemeint ist Mieczyslaw Wachowski, jetzt als Staatsminister der Präsidentskanzlei) hat.

Martin: Wenn ich Präsident wäre, würde ich eine neue grosse Verfassung vorbereiten, in der die ganze Rechtsordnung verändert wäre.

Erinnert ihr euch an den Kommunismus?

Martin: In der 2. Klasse mussten wir den 1.-Mai-Umzug zeichnen. Ich machte ihn mit einem grossen «Solidarnosc»-Transparent. Ich erhielt

dafür einen «Zweier», was mich gefreut hat.

Und wenn die Kommunisten wiederkämen?

Martin: Ich würde sicher nicht türmen.

Justyna: Schliesslich ist Polen unsere Heimat.

Martin: Eben! Aber ich würde mich sicher empören. Vielleicht würde ich mit Freunden so etwas wie eben eine Solidarnosc machen.

Justyna: Diese Solidarnosc würde wieder siegen wie vor ein paar Jahren.

(Übersetzung: Max Keller)